

Los 1 - Teilnahmeantrag

Verhandlungsverfahren

Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 41 Nr. 1 HOAI

**BV:
Neubau Wasserwerk Stenderup – Projekt 2**

Verfahren:	Verhandlungsverfahren nach §§ 13,15 SektVO
Verfahrensnummer:	WWP2-001
Bauvorhaben:	Neubau Wasserwerk Stenderup – Projekt 2
Auftraggeber:	Wasserzweckverband Ostangeln
Leistungen:	Objektplanung Ingenieurbauwerk gem. § 41 Nr. 1 HOAI
Hinweise (Das Nichtbefolgen der Hinweise kann zum Ausschluss der Bewerbung führen)	1. Bewerbungsgemeinschaften geben den Teilnahmeantrag mit allen Angaben gemeinsam ab. 2. Änderungen an den vorgegebenen Texten der Bewerbungsmappe und an der Reihenfolge sind nicht zulässig. 3. Die Nachweise sind in deutscher Sprache oder in beglaubigter deutscher Übersetzung zu erbringen. 4. Referenzen müssen sich auf Projekte innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz beziehen. 5. Der Teilnahmeantrag ist an den hierfür vorgesehenen Stellen händisch oder in vergleichbar deutlicher elektronischer Weise zu kennzeichnen (Ankreuzungen, Eintragungen usw.) und pdf-Format einzureichen.

Aus Gründen besserer Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter (Beispiel: „Ingenieur“ = „Ingenieur w/m/d“)

Allgemeine Angaben des Bewerbers	4
1. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bewerbungsgemeinschaftserklärung“	5
2. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Lieferinteressen“	8
3. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bescheinigungen über berufliche Befähigung“	10
4. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 124 GWB und weitere Ausschlussgründe“.....	12
5. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 123 GWB“	14
6. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022“	16
7. Kriterium: „Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Berufshaftpflichtversicherung“	18
8. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Kapazitäten anderer Unternehmen“	20

9. Kriterium: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Jahresnettohonorarumsatz“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI	22
10. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium Jahresmitarbeiterzahl Ingenieure“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI	24
11. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Referenzprojekte Neubau Wasserbecken““ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI	26
12. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Referenzprojekte öffentlicher Auftraggeber“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI	29
13. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung wegen „Gestellung einer qualifizierten Person mit langjähriger beruflicher Erfahrung für die Bauüberwachung in Leistungsphase 8“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI	32
Wertungsmatrix / Beispielsmatrix	34

Allgemeine Angaben des Bewerbers

Name des Bewerbers (bei Bewerbergemeinschaft: Name und Anschrift sämtlicher Mitglieder)	
Rechtsform und Angabe Amtsgericht und Registernummer:	
PLZ und Ort:	
Straße mit Hausnummer:	
Mail-Adresse:	
Name des Ansprechpartners des Bewerbers, bzw. der Bewerbergemeinschaft:	

1. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bewerbergemeinschaftserklärung“

Es liegt **eine Bewerbergemeinschaft** vor.

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Falls „Ja“ angekreuzt:

Vom Bewerber wird eine „Bewerbergemeinschaftserklärung“ – auf anliegendem Vordruck – von allen Beteiligten im Original unterschrieben nach der folgenden Seite eingefügt.

Falls „Nein“ angekreuzt:

Vom Bewerber wird **keine** „Bewerbergemeinschaftserklärung“ eingefügt.

zu 1.:

mögliche

„Bewerbergemeinschaftserklärung“

nachfolgend einfügen

Hierauf müssen alle Mitglieder unterschreiben!

Erklärung der Bewerber-/Arbeitsgemeinschaft

(vom Bewerber auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft,

Mitglied 1*:

Mitglied 2*:

Mitglied 3*:

* vollständiger Firmenname mit vollständiger Anschrift ist anzugeben

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter:

.....

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall als Gesamtschuldner haften.

Der bevollmächtigte Vertreter **ist/ist nicht** (Unzutreffendes bitte streichen) bevollmächtigt, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.

(Ort) (Datum)

(Mitglied 1 Unterschrift zumindest in Textform)

(Ort) (Datum)

(Mitglied 2 Unterschrift zumindest in Textform)

(Ort) (Datum)

(Mitglied 3 Unterschrift zumindest in Textform)

2. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Lieferinteressen“

Die zu erbringende Leistung erfolgt frei von Ausführungs- und Lieferinteressen nach § 73 Abs. 3 VgV (analog)

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Falls nein, wird vom Bewerber eine „Erklärung über Ausführungs- und Lieferinteressen“ nach der folgenden Seite eingefügt, die die Art und den Umfang der bestehenden Ausführungs- und Lieferinteressen darlegen

zu 2.:

möglicher Nachweis zu

„Ausführungs- und Lieferinteressen“

nachfolgend einfügen

**Legen Sie die Art und den Umfang der bestehenden
Ausführungs- und Lieferinteressen dar.**

3. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bescheinigungen über berufliche Befähigung“

Die Eignungsnachweise (in Kopie) betreffend die berufliche Befähigung des Bewerbers (bei
Bewerbergemeinschaften: ihrer Mitglieder) und der verantwortlichen Führungskräfte

z. B. durch Nachweis der Berufszulassung, Diplom-Urkunden, Studiennachweise oder sonstige
Bescheinigungen über die fachliche Eignung/Qualifikationen

werden vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt.

zu 3.:

Nachweise zur

**„berufliche Befähigung des Objektplaners
nach §§ 41 ff. HOAI“**

nachfolgend einfügen

4. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 124 GWB und weitere Ausschlussgründe“

A. Es liegen keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor.

Wir

1. haben nicht bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

2. sind nicht zahlungsunfähig, über unser Vermögen ist kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden, wir befinden uns nicht im Verfahren der Liquidation oder haben unsere Tätigkeit eingestellt,

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

3. haben im Rahmen unserer beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

4. haben nicht Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

5. haben nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, was zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

B. Es liegen keine Ausschlussgründe nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz vor.

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

C. Es liegen keine Ausschlussgründe nach § 19 Mindestlohngesetz vor.

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

D. Es liegen keine Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz vor.

Bitte ankreuzen: ☐ Ja ☐ Nein

Falls auch nur bei einem Punkt „Nein“, wird vom Bewerber ein „Aufklärungsschreiben“ nach der folgenden Seite eingefügt, in dem dargelegt wird, weshalb ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre.

zu 4.:

mögliches
„Aufklärungsschreiben zu § 124 GWB“
nachfolgend einfügen

**Stellen Sie dar, warum trotz Vorliegen eines
Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz,
§ 19 Mindestlohngesetz und/oder § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre**

5. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 123 GWB“

Es liegen **keine** Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor.

Wir erklären, dass keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen gem. § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, wegen folgender Gründe rechtskräftig verurteilt oder mit einer Geldbuße nach § 30 OWiG belegt worden ist:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Ferner erklären wir, dass nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.

Falls die Erklärung wahrheitsgemäß nicht abgegeben werden kann, ist vom Bewerber ein Aufklärungsschreiben nach der nachfolgenden Seite einzufügen, in dem dargelegt wird, warum die Erklärung nicht abgegeben werden kann und warum ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre (z.B. auch Darlegungen und Nachweise zur „Selbstreinigung“ gem. § 125 GWB).

zu 5.:

Darlegung des Bewerbers

warum die Erklärung zum Kriterium 5 nicht abgegeben werden kann und warum ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre (z.B. auch Darlegungen und Nachweise zur „Selbstreinigung“ gem. § 125 GWB)

nachfolgend einfügen

6. Kriterium: „Bezug zu Russland“

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022“

Ich/Wir erkläre(n):

1. Ich/Wir gehören nicht zu den

in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Datum und Unterschrift zumindest in Textform).....

(Das Fehlen der Unterschrift kann zum Ausschluss führen.

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters ausreichend.)

Der Text von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022“ ist auf nachfolgender Seite wiedergegeben

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

a) *russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*

b) *juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*

c) *natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

a) *den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*

b) *die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*

c) *die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*

d) *die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*

e) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*

f) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*

(3) *Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*

(4) *Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

7. Kriterium: „Berufshaftpflichtversicherung“

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Berufshaftpflichtversicherung“

Der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung in Kopie (nicht älter als 1 Jahr; bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied gesondert)

wird nach der folgenden Seite vom Bewerber eingefügt.

Hinweis:

Im Planervertrag wird eine Haftpflichtversicherung über mindestens

€ 3.000.000,00 für Personenschäden und

€ 1.500.000,00 für Sach- und Vermögensschäden

mit einer Maximierung der Ersatzleistung in Höhe von mindestens dem Zweifachen der Versicherungssumme im Versicherungsjahr

gefordert.

zu 7.:

Nachweis Berufshaftpflichtversicherung

(bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied gesondert)

nachfolgend einfügen

8. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Kapazitäten anderer Unternehmen“

Es wird auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Erteilung von Unteraufträgen an Nachunternehmen) zurückgegriffen.

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Falls ja, wird nach der folgenden Seite der Auftragsanteil angegeben, für den der Bewerber ggf. einen Unterauftrag zu erteilen beabsichtigt (§ 34 SektVO)

Hinweis für das weitere Verfahren:

Auf **gesondertes Verlangen** der Vergabestelle

- a)
ist ein Nachweis zu erbringen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung steht (bspw. durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung mit konkreter Benennung des anderen Unternehmens);
- b)
sind Erklärungen und ggf. Nachweise darüber zu erbringen, dass hinsichtlich des anderen Unternehmens keine Ausschlussgründe nach § 123 und 124 GWB vorliegen;
- c)
ist die Eignung des anderen Unternehmens anhand der Anforderungen der Vergabestelle nachzuweisen.

zu 8.:

**„Eigenerklärung über eine Unterauftragserteilung“
gemäß § 34 SektVO**

nachfolgend einfügen

9. Kriterium:

**Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers
gem. der Auftragsbekanntmachung
„Jahresnettohonorarumsatz“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI**

Hinweis:

Fehlende oder unklare Angaben können mit 0 Punkten bewertet werden.

Für Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI:

Die Eigenerklärung nach für die Jahre 2023, 2024 und 2025 über die jeweiligen Jahresnettohonorarumsätze für Objektplanung nach § 41 Nr. 1 - 3 HOAI wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt.

Erläuterung:

Die mitgeteilten Jahresnettohonorarumsätze werden addiert und durch die Zahl „3“ geteilt (gemittelter Jahresnettohonorarumsatz).

Keine verwertbaren Angaben

oder gemittelter Jahresnettohonorarumsatz < 250.000 €

gemittelter Jahresnettohonorarumsatz < 400.000 €

gemittelter Jahresnettohonorarumsatz < 550.000 €

gemittelter Jahresnettohonorarumsatz < 700.000 €

gemittelter Jahresnettohonorarumsatz >= 700.000 €

Gewichtung:

20 – fach

= 0 Punkte

= 1 Punkt

= 2 Punkte

= 3 Punkte

= 4 Punkte

zu 9.:

Eigenerklärung über die

**Jahresnettohonorarumsätze für Leistungen der
Objektplanung nach § 41 Nr. 1 bis 3 HOAI
in den Jahren 2023, 2024 und 2025**

nachfolgend einfügen

10. Kriterium:

**Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers
gem. der Auftragsbekanntmachung**

„Jahresmitarbeiterzahl Ingenieure“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI

Hinweis:

Fehlende oder unklare Angaben können mit 0 Punkten bewertet werden.

Für Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI:

Die Eigenerklärung für die Jahre 2023, 2024 und 2025 über die jeweils durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Dipl.-Ingenieure (oder gleichwertige Ausbildung – Bachelor-Abschluss oder Meisterprüfung in einem technischen Beruf oder staatl. gepr. Techniker ist gleichwertig - jeweils: ohne freie Mitarbeiter) inkl. Führungskräfte für Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt.

Erläuterung:

Die mitgeteilten Jahresmitarbeiterzahlen werden addiert und durch die Zahl „3“ geteilt (gemittelte Jahresmitarbeiterzahl).

Keine verwertbaren Angaben oder
gemittelte Jahresmitarbeiterzahl < 4
gemittelte Jahresmitarbeiterzahl < 6
gemittelte Jahresmitarbeiterzahl < 8
gemittelte Jahresmitarbeiterzahl < 10
gemittelte Jahresmitarbeiterzahl >= 10

Gewichtung:

20 – fach

= 0 Punkte
= 1 Punkt
= 2 Punkte
= 3 Punkte
= 4 Punkte

zu 10.:

**Eigenerklärung über die
durchschnittliche Anzahl der
beschäftigten Ingenieure
(ohne freie Mitarbeiter) inkl. Führungskräfte für
Leistungen nach §§ 41 ff. HOAI
in den Jahren 2023, 2024 und 2025**

nachfolgend einfügen

11. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung

„Referenzprojekte Neubau Wasserbecken“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI

Hinweis:

- 1.) Bei fehlenden oder unklaren Angaben behält sich die Vergabestelle vor, die jeweilige Referenz nicht zu werten.
- 2.) Die geforderte „Referenzliste Bewerber zu §§ 41 ff. HOAI“ für **Referenzprojekte** „Neubau Wasserbecken“ muss für jedes Referenzprojekt
 - die Aufgabe: Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI im Bereich „Neubau Wasserbecken“ (in Bauweise „wasserundurchlässiger Beton“ mit Fassungsvermögen > 2.000 m³) mit mindestens Honorarzone III
 - die Beauftragung der Leistungsphasen: 3 bis 8 zu § 43 HOAI
 - den Zeitraum der Leistungsdauer mit Angabe, wann mit der Leistungsphase 3 begonnen wurde und wann diese abgeschlossen wurde und wann mit der Leistungsphase 8 begonnen wurde
 - den jeweiligen Auftraggeber und den dortigen Ansprechpartner mit Adressen und Telefonnummer

enthalten.

Es werden nur Referenzprojekte zugelassen,

- die vom Bewerber ganz oder teilweise in den Referenzjahren 2020 bis 2026 bearbeitet wurden, wobei im Referenzzeitraum mindestens die Erbringung der Leistungsphasen 3 und der Beginn der Leistungsphase 8 liegen muss.

Referenzen müssen sich auf Projekte innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz beziehen

Mindestanforderung: 2 Referenzprojekte im Referenzzeitraum 2020 bis 2026

Für Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI:

Die Referenzliste inkl. Erklärungen für die Jahre 2020 bis 2026 wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt

Erläuterung: Keine verwertbaren Angaben oder keine 2 Referenzprojekte 2 Referenzprojekte 3 Referenzprojekte 4 Referenzprojekte 5 Referenzprojekte	Gewichtung: 34 – fach = Ausschluss = 1 Punkt = 2 Punkte = 3 Punkte = 4 Punkte
---	---

zu 11.:

**Referenzliste Bewerber zu §§ 41 ff. HOAI
betr. Leistungen**

„Neubau Wasserbecken“

Referenzliste und Erklärungen

nachfolgend einfügen

12. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung

„Referenzprojekte öffentlicher Auftraggeber“ des Objektplaners nach §§ 41 ff. HOAI

Hinweis:

- 1.) Bei fehlenden oder unklaren Angaben behält sich die Vergabestelle vor, die jeweilige Referenz nicht zu werten.
- 2.) Die geforderte „Referenzliste Bewerber zu §§ 41 ff. HOAI“ für **Referenzprojekte** „öffentlicher Auftraggeber“ muss erkennbar für jedes Referenzprojekt
 - die Aufgabe: Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI für einen Auftraggeber gem. § 98 GWB (öffentlicher Auftraggeber, Sektorenauftraggeber oder Konzessionsgeber) mit Leistungsphasen 6 und 7 zu § 43 HOAI
 - den Zeitraum der Leistungsdauer hinsichtlich der LPH 6 und 7 (Beginn und Ende)
 - die Netto-Baukosten in den KG 300 und 400 (gem. Kostenberechnung)
 - den jeweiligen Auftraggeber und den dortigen Ansprechpartner mit Adressen und Telefonnummer

enthalten.

Es werden nur Referenzprojekte zugelassen,

- bei denen die Baukosten (Summe KG 300 und KG 400) $\geq$ € 1.500.000,00 (netto) sind/waren
- die vom Bewerber (bezogen auf die Durchführung der LPH 6 und 7) ganz oder teilweise in den Referenzjahren 2020 bis 2026 bearbeitet wurden
- bei denen aus der Erklärung des Bewerbers ersichtlich ist, warum der Auftraggeber „Auftraggeber gem. § 98 GWB“ ist – das ist bei Unklarheiten auf Anforderung der Vergabestelle gesondert zu erläutern.

Referenzen müssen sich auf Projekte innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz beziehen.

Mindestanforderung: 2 Referenzprojekte im Zeitraum 2020 bis 2026

Für Objektplanung nach §§ 41 ff. HOAI:

Die Referenzliste inkl. Erklärungen für die Jahre 2020 bis 2026 wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt

Erläuterung:	Gewichtung:
	26 – fach
Keine verwertbaren Angaben oder keine 2 Referenzprojekte	= Ausschluss
2 Referenzprojekte	= 1 Punkt
3 Referenzprojekte	= 2 Punkte
4 Referenzprojekte	= 3 Punkte
5 Referenzprojekte	= 4 Punkte

zu 12.:

Referenzliste Bewerber zu §§ 41 ff. HOAI betr.

„Leistungen für öffentlichen Auftraggeber“

Referenzliste und Erklärungen

nachfolgend einfügen

13. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung

„Gestellung einer qualifizierten Person mit langjähriger beruflicher Erfahrung für die Bauüberwachung in der Leistungsphase 8“

Die Eigenerklärung des Bewerbers (bzw. der Bewerbungsgemeinschaft), im Auftragsfall eine Person mit

- Qualifikation Architekt, Dipl.- Ingenieur oder gleichwertig (Master- oder Bachelor-Abschluss oder Meisterprüfung in einem technischen Beruf oder staatl. gepr. Techniker ist gleichwertig) jeweils mit genauer Angabe zur Qualifikation
- mindestens 6-jähriger beruflicher Erfahrung in der Abarbeitung der Besonderen Leistung „Bauüberwachung“ in der Leistungsphase 8 zu § 43 HOAI

für die Dauer der Abarbeitung der Bauüberwachung in Leistungsphase 8 zu § 43 HOAI zu stellen,

wird nach der folgenden Seite vom Bewerber eingefügt.

zu 13.:

**Eigenerklärung zur
„Gestellung einer qualifizierten Person mit langjähriger beruflicher
Erfahrung für die Leistungsphase 8“**

nachfolgend einfügen

Wertungsmatrix / Beispielmatrix

Wertungsmatrix Teilnehmerauswahl

Wertungsmatrix Teilnehmerauswahl			Gewichtung	erzielte Punkte		Ergebnis
Kriterium 9	Jahresnettohonorarumsatz		20	x	4	= 80
Kriterium 10	Jahresmitarbeiterzahl Ingenieure		20	x	4	= 80
Kriterium 11	Referenzen Bewerber „Neubau Wasserbecken“		34	x	4	= 136
Kriterium 12	Referenzen Bewerber „öffentliche Auftraggeber“		26	x	4	= <u>104</u>
gesamt						400

Beispiel Wertungsmatrix (mit fiktiven Punkteergebnissen ausgefüllt)

Wertungsmatrix Teilnehmerauswahl			Gewichtung	erzielte Punkte		Ergebnis
Kriterium 9	Jahresnettohonorarumsatz		20	x	4	= 80
Kriterium 10	Jahresmitarbeiterzahl Ingenieure		20	x	3	= 60
Kriterium 11	Referenzen Bewerber „Neubau Wasserbecken“		34	x	3	= 102
Kriterium 12	Referenzen Bewerber „öffentliche Auftraggeber“		26	x	2	= <u>52</u>
gesamt						294